

# FÜNF FRAGEN

## ZU PROTESTWAHLEN

AN ARMIN SCHÄFER



**Herr Schäfer, Ihr Thema ist die spannende Frage der politischen Ungleichheit. Zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?**

82 ARMIN SCHÄFER Mit meinem Forschungsteam haben wir festgestellt, dass politische Entscheidungen des Bundestags zulasten von Menschen mit geringerem Einkommen und geringerer Bildung verzerrt sind. Das wiederum kann eine Triebfeder dafür sein, nicht zu wählen: Weil sie sich nicht mehr vertreten fühlen, wenden sich diese Menschen von der Politik ab und bleiben am Wahltag zu Hause. Dieses Muster haben wir für drei Bundestagswahlen, also 2009, 2013, 2017, angeschaut. Und in allen deutschen Großstädten, für die es diese Daten gibt, ist das Ergebnis eindeutig: Je ärmer ein Stadtteil ist, je niedriger die Durchschnittseinkommen in einem Stadtteil sind, desto geringer ist die Wahlbeteiligung.

**Hat der Aufstieg des Populismus etwas mit politischer Ungleichheit zu tun?**

Die AfD mobilisiert einen Teil der früheren Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Der größere Teil bleibt allerdings weiterhin zu Hause. Durch die stärkere Polarisierung beteiligen sich aber insgesamt mehr Menschen. Manche wollen einen Denkkzettel verteilen, andere wollen Wahlerfolge von Populisten gerade verhindern. Insofern ist das Bild ein bisschen komplizierter. Vermehrte Protestwahlen zeigen uns aber, dass es in der Bevölkerung Gruppen gibt, die das Gefühl

haben, bislang nicht repräsentiert zu sein. Sie haben nicht den Eindruck, dass die etablierten Parteien zu ihnen sprechen, ihnen etwas anbieten und dass sich ihre Lage dadurch verändern könnte.

**Warum verzichten Menschen darauf zu wählen?**

Zunächst einmal wissen wir: Wählen und Nichtwählen sind ansteckend. Man entscheidet nicht rein individuell, ob man wählen geht oder nicht. Sondern das hat auch etwas zu tun mit der Familie, dem Freundeskreis, vielleicht auch mit der Gegend, in der man lebt. Ein zweiter Aspekt ist: Wenn Politik ungleich auf unterschiedliche Gruppen reagiert, dann droht ein Teufelskreis. Wer sich nicht vertreten fühlt, wählt nicht – und wer nicht wählt, wird schlechter repräsentiert. Im Ergebnis verzerrt dieses Wechselspiel politische Entscheidungen zugunsten derjenigen, die sich beteiligen und denen es ohnehin besser geht.

**Das heißt, die Repräsentation in den Parteien und Parlamenten entspricht immer weniger dem Querschnitt der Bevölkerung?**

Mehr als 80 Prozent der Abgeordneten des Bundestags haben studiert, in der Bevölkerung sind es weniger als 20 Prozent. Auch Beamte, Unternehmer oder Juristen sind in den Parlamenten weit häufiger als in der Bevölkerung anzutreffen. Das zeigt: Zwischen denen, die die politischen Entscheidungen treffen, und denen, die von den politischen

Entscheidungen betroffen sind, gibt es deutliche Unterschiede. Die Entscheidungen des Bundestags haben in den letzten dreißig Jahren sehr viel häufiger mit den Präferenzen von Menschen übereingestimmt, die hohe Einkommen haben oder denen es insgesamt besser geht. Und diese Diskrepanz ist dann besonders groß, wenn Arm und Reich verschiedene Dinge wollen.

**Wie können wir aus diesem Teufelskreis herauskommen?**

Wir wissen, dass Menschen sich nicht einfach spontan politisch beteiligen, sondern dies eher tun, wenn sie aktiv angesprochen und zur Mitgliedschaft ermutigt werden. Die Parteien müssen genauer darauf achten, wen sie ermutigen. Das geschieht ja bereits teilweise mit Blick auf Frauen oder, in geringerem Ausmaß, mit Blick auf Migranten. Parteien sollten nicht ausschließlich jene zur Kandidatur ermuntern, die einen Universitätsabschluss haben. Demokratie beinhaltet das Versprechen, dass unterschiedliche Gruppen zumindest die Chance haben, ihre Anliegen in politische Entscheidungen einzubringen. Wenn das systematisch nicht der Fall ist, sehe ich darin eine Gefahr für die Demokratie.

Interview: Jürgen Zurheide

Professor Armin Schäfer war im Wintersemester 2019/20 Scholar in Residence am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.